

NIEDERSCHRIFT HFA/0018/2016

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 13.09.2016 im
Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Frau Heike Ahlers

Vertretung für Herrn
Matthias Ahlers

Herr Marco Lennertz

Herr Dr. Wolfgang Meyring

ab Verlauf zu TOP 1.
ö. S.

Frau Brigitte Mollenhauer

Herr Franz-Josef Schulze
Thier

Vertretung für Herrn
Karl-Heinz Brockamp

Herr Roman Gerding

Herr Carsten Rampe

bis Verlauf zu TOP 1.
ö. S.

Herr Thomas Tauber

Frau Maggie Rawe

Herr Ulrich Schlieker

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW:

Herr Helmut Geuking

Vortragende Gäste:

Herr Schlütermann

Vorstand DRK Kreis-
verband Coesfeld e.V.
(zu TOP 1. nö. S.)

Herr Dr. Unland

Büro Baumeister An-
wälte Münster (zu TOP
2. nö. S.)

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing

Frau Marion Lammers

Herr Martin Struffert

Herr Gerd Mollenhauer

Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Gast:

Herr Frank Wieland

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:30 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Mollenhauer bittet die nichtöffentliche Tagesordnung zu erweitern, um nähere Informationen hinsichtlich des Defizits bei der Gewerbesteuer zu bekommen.

Gegen die Erweiterung der nichtöffentlichen Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. **Finanzzwischenbericht 2016; hier: Entwicklung der Ergebnisrechnung sowie der Investitionen im Vergleich zur Planung**

Unter Bezugnahme auf die Sitzungsvorlage und die beigefügten Anlagen informiert Frau Lammers mittels Power-Point-Präsentation detailliert über den Stand der Ausführung des Haushaltes 2016 (siehe **Anlage 1** zur Niederschrift).

Frau Dirks führt aus, dass bereits angekündigt worden sei, dass in diesem Jahr die prognostizierten Gewerbesteuereinnahmen nicht erzielt werden. Auch wenn landesweit die Auffassung vertreten werde, dass die Gewerbesteuereinnahmen „sprudeln“, komme das hier in Billerbeck in diesem Jahr nicht an.

Herr Tauber führt aus, dass die Schwankungen bei der Gewerbesteuer nichts Neues seien, dass diese jetzt so deutlich ausfielen, sei im Ergebnis betrüblich. Durch diesen deutlichen Einbruch werde auch die hohe Abhängigkeit der Stadt deutlich. Gleichwohl sei die Stadt abundant. Er sei froh über die Entscheidung des Gerichtes hinsichtlich der Solidaritätsumlage. Dass weiterhin Investitionstätigkeiten geplant seien, wie z. B. die Errichtung von Sozialbauten befürworte er. Des Weiteren stehe er zu den versteckten Subventionen bei der Grundsteuer A und B. Wenn sich weiterhin ein Aufzehren der Ausgleichsrücklage abzeichne, dann müsse man auch die Ausgabenseite in den Blick nehmen.

Frau Dirks weist darauf hin, dass man sich mit der Ausgabenseite wiederholt befasst habe und verschiedene Blöcke von der Stadt nicht steuerbar seien. Hinsichtlich der Solidaritätsumlage bezweifle sie, dass es richtig ist, das Steueraufkommen als Grundlage anzusetzen. Wenn das so weiter gehe, rutsche Billerbeck u. U. in die Haushaltssicherung. Dann müsse man auf freiwillige Ausgaben verzichten und gleichzeitig in diesen Topf einzahlen.

Herr Schlieker konstatiert, dass andere Gemeinden noch viel weniger „reich“ sind als Billerbeck. Die Grünen hätten schon bei den Haushaltsplanberatungen angemahnt, dass nicht die fiktiven Hebesätze zugrunde

gelegt werden. Hierüber sollte noch einmal diskutiert werden. Im Übrigen pflichte er Herrn Tauber bei, dass es bei der Gewerbesteuer immer Schwankungen gebe. Der jetzige Einbruch sei zwar dramatisch und in dieser Höhe wohl auch noch nicht vorgekommen. Trotzdem halte er eine übermäßige Sparsamkeit für falsch. In vielen Bereichen bestehe ein Investitionsstau. Deshalb sollte wenigstens im Rahmen der Investitions-pauschale investiert werden.

Frau Mollenhauer stellt fest, dass der Finanzzwischenbericht heute nur zur Kenntnis genommen werden müsse. Man sei von so vielen Risikofaktoren abhängig, deshalb müsse man abwarten, wie das Ergebnis am Ende des Jahres aussehe. Die Abundanzumlage sehe sie ebenfalls mit gemischten Gefühlen. Diejenigen, die sparen würden in Deutschland bestraft. Über die Anhebung der Steuersätze auf die fiktiven Hebesätze wolle sie heute nicht diskutieren oder beschließen. Das Ergebnis am Ende des Jahres sollte abgewartet werden.

Frau Dirks weist darauf hin, dass der Finanzzwischenbericht wegen der dramatischen Lage in diesem Jahr so ausführlich vorgelegt worden sei. Zu gegebener Zeit werde verwaltungsseitig ein Vorschlag für die Hebesatzsetzung vorgelegt, über den dann beschlossen werden müsse. Vielleicht sehe die Lage dann schon wieder anders aus.

Herr Tauber regt an, dem Kreis zu signalisieren, dass er sich aufgrund der hiesigen Situation zurückhaltend aufstellen sollte.

Frau Dirks teilt mit, dass der Landrat bereits grundsätzlich zugesagt habe, die Belange der Gemeinden zu berücksichtigen. Hier sei man am Ball.

Auf Nachfrage von Frau Mollenhauer geht Herr Struffert auf die Flüchtlingssituation in Billerbeck ein. Er berichtet, dass zurzeit 225 Personen aus 21 verschiedenen Nationen betreut würden. Diese seien in 11 Gemeinschaftsunterkünften untergebracht.

Das Ziel, alle Personen zu registrieren, sei bis auf 4 Personen, die sich ihrer Registrierung entzogen haben, auch erreicht. Nicht erreicht sei allerdings das Ziel, dass alle Asylverfahren auch betrieben werden. Hierauf habe die Stadt Billerbeck aber selbst keine Einflussmöglichkeit.

Von den 225 Personen stammten zurzeit 146 aus bleiberechtsnahen Staaten. Es werde davon ausgegangen, dass der Asylantrag von voraussichtlich 117 Personen positiv beschieden werde. Diese würden dann vermutlich in Billerbeck verbleiben. Das in Kraft getretene Integrationsgesetz sehe eine Wohnsitzauflage für diese Personen vor.

Die Stadt Billerbeck habe zurzeit eine Aufnahmequote von 96,79 % erreicht, das entspreche einem Minus von 7 Personen. Billerbeck sei nur deshalb nicht von weiteren Aufnahmen betroffen, weil Gemeinden in NRW eine Erfüllungsquote von unter 90% hätten. Er rechne mit neuen Zuweisungen in 4 – 5 Wochen. Ob es darüber hinaus weitere Zuweisungen geben werde, hänge u. a. von der Höhe der Anerkennungsquote in den Asylverfahren ab. Mit weiteren Aufwendungen sei also zu rechnen.

Die Nachfrage von Frau Rawe, ob genügend Unterbringungsmöglichkei-

ten vorhanden sind, bejaht Herr Struffert. Er teilt mit, dass derzeit die Unterbringungssituation neu geordnet werde. Dabei werde eruiert, ob ggf. Räumlichkeiten neu zugemietet oder Räumlichkeiten abgestoßen werden können.

Vor dem Hintergrund, dass vielen Flüchtlingen die Decke auf den Kopf falle und sie eine Beschäftigung suchten, appelliert Herr Tauber an alle, den Gesetzesrahmen auszuschöpfen und diesen Personen Arbeit zu ermöglichen.

Herr Struffert teilt mit, dass Plus-Jobs angeboten würden, aber viele Personen auch Deutsch- und Integrationskurse besuchten.

Frau Dirks betont, dass erste Priorität sei, Deutsch- und Integrationskurse anzubieten, um den Personen den Zugang zu qualifizierter Arbeit zu ermöglichen.

Herr Struffert teilt zur Frage von Herrn Geuking mit, dass zurzeit 15 Personen an der Lilienbeck untergebracht seien.

Frau Mollenhauer möchte wissen, wie viele minderjährige Kinder sich unter den 225 in Billerbeek betreuten Personen befänden.

Herr Struffert berichtet, dass es sich um ca. 60 – 70 Kinder handele. Die schulpflichtigen Kinder besuchten alle eine Schule und diejenigen, die einen Kindergartenplatz haben möchten, bekämen auch einen. Einige Kinder besuchten auch weiterführende Schulen in Coesfeld.

Der Finanzzwischenbericht wird zur Kenntnis genommen.

2. Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand

Frau Lammers erläutert unter Bezugnahme auf die Ausführungen in der Sitzungsvorlage den Sachverhalt. Anhand eines Schaubildes erläutert sie die neue § 2b Regelung (**Anlage 2** zur Niederschrift).

Frau Dirks merkt an, dass nach der neuen Regelung jeder Vertrag und jede Leistung überprüft werden müsse und man sich vielleicht von der ein oder anderen Aufgabe verabschieden müsse.

Frau Lammers führt ergänzend aus, dass es unglücklich sei, dass das BMF-Schreiben noch nicht vorliege. Die Stadt könne aber jederzeit zurück. Das habe die Oberfinanzdirektion Münster mitgeteilt und das Finanzamt Coesfeld wolle sich hieran halten. Das sei ihr mündlich zugesichert worden.

Vor dem Hintergrund, dass die kleinsten Dinge geprüft werden müssen und das Ganze noch unausgegoren ist, sollte dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zugestimmt werden, so Frau Mollenhauer.

Herr Tauber hält es für wichtig, frühzeitig hinzusehen und Schaden abzuwenden, denn es wäre fatal, wenn z. B. die Preise für das Mittagessen in den Kitas explodieren.

Frau Rawe meint, dass in Ruhe abgewartet werden könne. Mitte nächsten Jahres könne dann entschieden werden, wie es weiter gehe.

Nach kurzer Erörterung fasst der Ausschuss folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Stadt Billerbeck als juristische Person des öffentlichen Rechts gibt die Optionserklärung bis spätestens 31.12.2016 beim zuständigen Finanzamt schriftlich ab und wird damit bis längstens 31.12.2020 nach § 2 Abs. 3 Umsatzsteuergesetz (UStG) in der am 31.12.2015 geltenden Fassung besteuert.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Mitteilungen

3.1. Beendigung der Badesaison 2016 - Herr Messing

Herr Messing teilt mit, dass am kommenden Wochenende noch das Hundeschwimmen stattfindet und danach das Freibad für dieses Jahr geschlossen werde.

4. Anfragen

4.1. Ansiedlung eines Drogeriemarktes - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer erinnert Frau Dirks an ihre Ankündigung, dass sie – sollte sie wiedergewählt werden – als erstes bei Rossmann anfragen werde. Nun sei nach der Wiederwahl bereits ein Jahr vergangen und man höre von einer Rossmann- oder DM-Ansiedlung nichts mehr. Ein Großteil der Billerbecker Bevölkerung fahre zum Einkaufen in die Nachbarkommunen. Frau Mollenhauer befragt Frau Dirks, wie sie hiermit umgehen wolle.

Frau Dirks entgegnet, dass eigentlich bekannt sei, dass das Thema nicht ad acta gelegt sei. Sie habe bei Rossmann angerufen und Rossmann habe klar gesagt, dass er den rechtlich einzig möglichen Standort im zentralen Versorgungsbereich nicht wolle und sich nur an einem Fachmarkt-Standort ansiedeln wolle. Das habe sie mehrmals mitgeteilt. Sie habe auch gesagt, dass mit dem Ihr-Platz als Franchisegeber Kontakt aufgenommen wurde und gemeinsam mit dem Citymanagement eine Matching-Veranstaltung geplant sei, um potentielle Franchisenehmer

nach Billerbeck zu holen. In der nächsten Sitzung des Lenkungskreises am Donnerstag werde der Citymanager den aktuellen Stand mitteilen.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Brigitte Mollenhauer
stellv. Vorsitzende

Birgit Freickmann
Schriftführerin